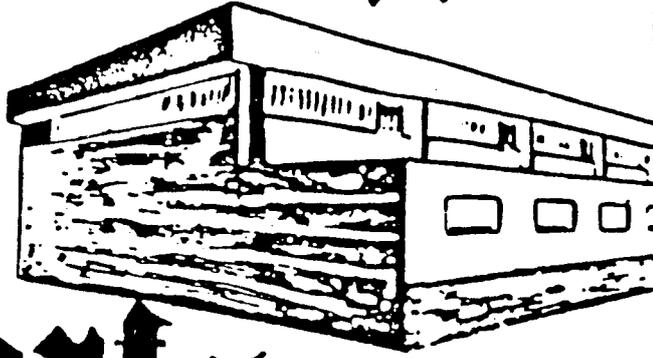


Neuwittenbeker



Achtung Sondermüll
Pflanzenschutzmittel (reste)
Silageabdeckplanen
werden abgenommen am
19. Juli von 8.00 bis 12.00
vor dem Feuerwehrgerätehaus
in Neuwittenbek

Dorf- Geflüster



9. Jhg.

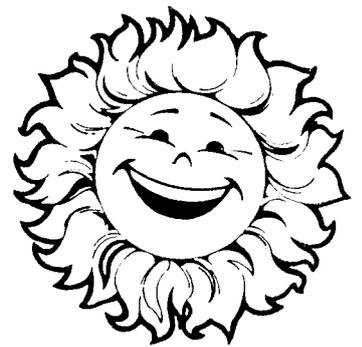
Bürgerzeitung für das Gemeindegebiet
Unsere 48^{te} Ausgabe

Nr. 4

Liebe Neuwittenbeker Kinder,
die Redaktion geht jetzt wie Ihr
in die Ferien. Wir würden uns
aber sehr freuen, wenn Ihr uns
mal einen Gruß, vielleicht sogar
mit einem gemalten Bild, schickt.
Viel Spaß in den Ferien.

Ps.: Das lustigste Bild werden
wir das nächste Mal abdrucken.

Die Redaktion.



In dieser Ausgabe: Prof. Wassermann

Tschernobyl und die Folgen

sowie weitere Berichte zu diesem Thema - und Artikel: 'Straßenleuchten
brennen nachts nur in Altwittenbek', 'Kiesabbau mindestens bis 1991'
'Neues Gemeindewappen?', 'Kommunale Finanzen solide?' usw. usw.

Aus der Gemeindevertretung

Sitzung am 27. Mai 1986 in Landwehr

Gleich zu Beginn der Amtszeit gelang der Gemeindevertretung das Meisterstück. Eine Tagesordnung mit 21 Punkten ließ Schlimmes befürchten. Entsprechend auch der Einwurf seitens der WGdGN-Fraktion: Schluß der Sitzung spätestens um 22.30 Uhr. So spät wurde es aber gar nicht. Nach knapp zwei Stunden war der öffentliche Sitzungsteil (mit 19 Punkten) abgeschlossen. Noch ein weiteres knappes Stündchen wurde dann unter Ausschluß der Öffentlichkeit beraten. Der Bürgermeister dankte den Gemeindevertretern (für die Disziplin) und den Ausschüssen (für die solide Vorarbeit).

Kurz und knapp waren Bürgerfragestunde und Bürgermeisterbericht. Bernd Brandenburg hatte angefragt, ob die Kritik am Landrat berechtigt sei, wonach die Bürgermeister nur unzureichend über die Meßergebnisse (nach Tschernobyl) informiert seien. Amt und Bürgermeister bestätigten, daß man nur auf eigene Nachfrage die Meßwerte (z. B. für Landwehr) erhalten habe.

Aufgrund der Empfehlung des Wahlprüfungsausschusses wurde die Gemeindewahl vom 2. März 1986 einstimmig für gültig erklärt. Einstimmig genehmigt wurde die Haushaltsüberschreitungen 1985 und die Jahresrechnung 1985. Dem Bürgermeister und seinen Stellvertretern wurde Entlastung erteilt. Einstimmig und ohne große Debatten beschloß die Vertretung:

- eine Änderung der Abwasserabgabensatzung,
- Lampen im Gemeinschaftsraum zu finanzieren (600,-- DM),
- dem Ortsplaner Auftrag für den Flächennutzungsplan zu erteilen,
- zwei -dem zuwiderlaufende- Bauanträge abzuweisen,
- erneut eine jugendliche ABM-Kraft anzufordern,
- zwei weitere Buswartehäuschen anzuschaffen
- weitere Straßenlaternen aufzustellen (in Levensau und in der Straße "Am Bahnhof",
- die Stellungnahme zu einem Landschafts-

rahmenplan,

- zwei Straßenzüge der Öffentlichkeit zu widmen und
- Lösungsmöglichkeiten für die Heizungs- und Warmwasseranlage zu suchen.

Da die Kanalverwaltung bereits den Treppenaufgang an der Felmer Au zum Kanal-Betriebsweg geschaffen hat, will die Gemeinde zwei weitere Treppenanlagen bauen. Eine in Warleberg, eine weitere beim Alten Feldweg in Altwittenbek. Mit Kosten von 20.000,-- DM wird gerechnet. Eine Bezuschussungszusage des Kreises soll zunächst abgewartet werden.

Einige Kosten wird auch der Bau eines Radweges in Richtung Tüttendorf (GIK-Weg 53) ausmachen. Wenig Verständnis bestand dabei für das Vorgehen Tüttendorfs. In einem strittigen Teilstück wurden Neuwittenbek zusätzliche finanzielle Zugeständnisse abgefordert. Gleichwohl fand die Baumaßnahme -weil sie im vorrangigen Interesse der Neuwittenbeker geschaffen wird- ein einstimmiges Votum.

Kontrovers wurde es bei der Straßenbeleuchtung. Der Beschluß vom Juni des Vorjahres wurde auf Antrag der CDU aufgehoben - gegen die Stimmen der SPD. Es werden also weiterhin in Altwittenbek die Laternen nachts durchgehend brennen. Einen Bonbon hatte die WGdGN (auf deren Antrag die ganze Angelegenheit vor einem Jahr ins Rollen gebracht wurde) dann für die Neuwittenbeker. Deren Laternen werden nachts eine Stunde länger brennen. Konsequenterweise stimmte auch hier die SPD geschlossen gegen.

Geschlossene Ablehnung zeigte die SPD-Fraktion auch in Sachen Kiesabbau. Mehrheitlich unterstützte die Vertretung jedoch das planungsrechtliche Einvernehmen zum Kiesabbau auf dem Grundstück des Gemeindevertreters J.B. Schmidt. WGdGN-Kandidat Schmidt hatte noch vor der März-Wahl erklärt: "Ich habe mich auch dafür eingesetzt, die Verkehrsbelästigung durch den

Kiesabbau im Gemeindegebiet zu vermindern." ("Personen formen die Gemeinde" WGdGN-Wahlspruch) Die Mehrheit der Vertretung (CDU + WGdGN) sah keinen Entscheidungsspielraum. Gemeindevertreter Brandenburg zog die Kompetenz des Kreises in Zweifel, die vom Kreis vorgegebenen Auflagen (an den Unternehmer) zu überwachen und durchzusetzen. Klaus Frank ließ sich nochmals

von der Verwaltung bestätigen, daß im Extremfall der einzelne Gemeindevertreter bei -rechtswidrig- verweigerter Zustimmung privatrechtlich haftbar gemacht werden könne. "Ich bin gut versichert!" warf daraufhin Klaus Stein (SPD) ein. So wird also der Kiesabbau und -transport weitergehen (vorgesehener Zeitraum bis 1991). ■



Hurra, die Urlaubszeit ist wieder da!
Unsere Zeitung wünscht Ihnen gute Reise.
Vergessen Sie aber auch nichts, damit die
Ferientage ungetrübt sind.

Die Redaktion

Kurz notiert

TSV-Dorfturnier 1986 Neuwittenbek feierte sein eigenes Mexico

15.06.86/Ca. Die Fußballer des TSV riefen und 25 Mannschaften kamen. Bei strahlend blauem Himmel konnten die Organisatoren unter Klaus Frank 17 Herren- und 8 Damen und Jugendmannschaften zur Auslosung um 8.30 begrüßen.

In vier Herren- und zwei Damen- und Jugendgruppen wurde anschließend um Tore und Punkte gekämpft. Gegen 14.00 Uhr standen die Gruppensieger fest; beinahe wenigstens: in Gruppe 3 der Männer waren die Mannschaften der Freiwilligen Feuerwehr und vom Hühnerstall tor- und punktgleich vorn. Nach 2:1 Toren im Achtmeterschießen kam der Hühnerstall weiter.

Zwischenzeitlich war auch das Torwandschießen abgeschlossen und die unterlegenen Fußballmannschaften hatten sich nochmal im Tauziehen gemessen.

Nun kamen die Endspiele. Stets ergeizig aber immer fair ging es in die letzten 2x10 min. Am Ende hatten sechs schöne Pokale ihre neuen Besitzer gefunden. Insgesamt eine

Notizen aus Neuwittenbek

gelungene Veranstaltung zu der den Organisatoren ein großes Lob ausgesprochen werden muß. Ich freue mich schon aufs nächste Jahr.

Die Ergebnisse auf einen Blick:

Damen-Jugend-Gruppen

Jugendrotkreuz 3 - TSV-Handballdamen 2:1

Herren-Gruppen

Endspiel:

Huskoppelgem. - Hühnerstall 1:0

3.+4. Platz:

Warleberg I - Knochbruchg. NW 3:0

Sieger Tauziehen: Freiw. Feuerwehr, Knochenbruchg. Landwehr, SPD-Ortsverein

Sieger Torwandschießen: Wählergem. NW

Ergebnisse beim Fußballturnier am 15. Juni

Handball Fr.	JRK II	1:0	Schützen Herren	Warleberg II	0 : 0
Warleberg I	JRK I	1:0	Hühnerstall Herren	Knochenbr. L.	1 : 1
Handball J.	JRK III	0:4	Handball Herren	Huskoppelgemein.	1 : 0
Tennis	Wahlergemein.	0:1	Huskoppelgemein.	Schützen Frauen	0 : 1
Tischtennis	Hegering	0:1	SPD Ortsverein	Freiw. Feuerwehr	0 : 3
Trimm Dich	Gaststätte P.	0:2	Hühnerstall Frauen	JRK IV	1 : 0
Neuw. Knochen.	Schützen H.	4:0	Warleberg I	Tischtennis	4 : 0
Handball Fr.	Huskoppelgem.	1:0	Hühnerstall	SPD Ortsverein	3 : 0
Handball H.	Trimm Dich	0:0	Warleberg II	Wählergemeinsch.	0 : 2
Handball J	Hühnerstall	1:0	JRK I	Hegering	0 : 1
Knochenbr. L.	Freiwillige F.	1:1	JRK II	Schützen Frauen	3 : 0
Huskoppelgem.	Gaststätte P.	2:0	Tennis	Knochenbruchg. N.	0 : 1
JRK I	Tischtennis	0:3	JRK III	JRK IV	4 : 1
Neuw. Knochen.	Warleberg II	8:0	Huskoppelgemeinsch.	Trimm Dich	3 : 0
Knochenbr. L.	SPD Ortsverein	2:0	Schützen Herren	Wählergemeinsch.	0 : 2
JRK II	Huskoppelgem.	1:0	Hühnerstall Herren	Freiw. Feuerwehr	0 : 0
Tennis	Warleberg II	2:0	Handball Herren	Gaststätte Pieper	1 : 1
Warleberg I	Hegering	0:0	Handball Frauen	Schützen Frauen	2 : 0
JRK III	Hühnerstall	2:0	Schützen Herren	Tennis	0 : 2
			Handball Jugend	JRK IV	1 : 1

Wasserbeschaffungsverband

Einiges ändert sich wohl beim Wasserbeschaffungs-



verbandsverband Osdorf. Es beginnt damit, daß ein neues Symbol für den Verband verwandt wird (die Schwengelpumpe). Neu wird künftig auch der Namen sein; es steht - wohl - zur Debatte, künftig den Namen "Wasserbeschaffungsverband Dänischer Wohld" einzuführen.

Veränderungen hat es allerdings im Vorstand des Wasserbeschaffungsverbands - nach den Kommunalwahlen - kaum gegeben.



Weiterhin im Vorstandsvorstand: Dr. Rusch aus Altwittenbek (als Vorsteher) und der Neuwittenbeker Klaus Stein (Beisitzer)

Verbandsvorsteher bleibt der Altwittenbeker Dr. Richard Rusch.

Als Beisitzer gehört dem Vorstand ferner der Neuwittenbeker Klaus Stein weiterhin an. Neuwittenbeks Vertreter im Verbands-

ausschuß sind jetzt Dr. Greve und Gerd Hammerich.

Stellvertreter Bernd Brandenburg

Neuer Amtsvorsteher des Amtes Dänischer



Bernd Brandenburg

Wohld ist - in Nachfolge des Tüttendorfers Uwe Martens - der Lindauer Klaus Herrmann; sein Stellvertreter Hans Ohms aus Osdorf. Diese Beiden wurden - wie auch der 2. stellvertreter de Amtsvorsteher, der Neuwittenbeker Bernd Brandenburg - einstimmig auf der konstituierenden Sitzung des

Amtsausschusses gewählt.

Amtswehrfest

Das diesjährige Amtswehrfest fand im Rahmen des Schleswig-Holstein-Tages (Anfang Juni) in Neuwittenbek statt. Beim Treffen der Wehrkameraden aus dem gesamten Amtsbereich - Amtswehrführer ist der Neuwittenbeker Bruno Jöhnk - fand die Abendveranstaltung weniger Anklang als der Frühschoppen am folgenden Tage.

SPD-Ortsverein

Auf der letzten Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Neuwittenbek stellte sich Ute Erdsiek-Rave vor. Sie bewirbt sich für

eine Kandidatur als Landtagsabgeordnete (in Nachfolge des ausscheidenden MdL Kurt Hamer). Die Bewerberin ist derzeit Kreistagsabgeordnete und besonders aktiv in der SPD-Frauenbewegung.

Nach einer kurzen Selbstdarstellung kam die Bewerberin ins "Kreuzverhör". Danach hatte sich der positive Eindruck zugunsten von Ute Erdsiek-Rave bei den SPD-Mitgliedern verfestigt. "Ich gebe ihr gute Chancen für den Einzug ins Landesparlament," kommentierte Vorsitzender Jochen Habeck die Vorstellung.

Veränderungen

Gar so gerne möchte der Kreis Rendsburg-Eckernförde unsere Gemeinde offensichtlich nicht in den Nahbereich Kiel (Verband Kieler Umland) entlassen. Die Zuordnung zu Gettorf sollte bleiben. Dies kristallisierte sich aus den Erörterungen in der letzten Amtsausschußsitzung heraus. In einem Gespräch hat der Landrat demnach der Gemeinde Neuwittenbek die Position des Kreises dargelegt. Neuwittenbek sei wohl der Anschluß an den Kieler Verkehrsverbund gegönnt, nicht jedoch eine planungsrechtliche Anbindung an die Landeshauptstadt.

Strandburg: Rechtsverstöße des Innenministers Die Kosten trägt der Steuerzahler - 665.000 DM

Die mehrmonatige Weigerung des Innenministers des Landes Schleswig-Holstein, Clausen, als Landesplanungsbehörde eine rechtswidrige Baugenehmigung des Landrats des Kreises Rendsburg-Eckernförde zur Bebauung eines Naturschutzgebietes in Strande bei Kiel mit einem Appartementkomplex (Strandburg) aufzuheben, kostet jetzt den schleswig-holsteinischen Steuerzahler das erste Geld. Dies erklärt der SPD-Landtagsabgeordnete Günter Neugebauer unter Berufung auf Aussagen von Staatssekretär Dr. Schleiffer aus dem Finanzministerium. Das Land Schleswig-Holstein hat sich danach in einem Vergleich mit den Erwerbern der "Strandburg" auf eine Schadensersatzleistung von 650.000 DM plus Anwaltskosten in Höhe von 15.000 DM geeinigt. Noch nicht abgeschlossen sind gerichtsanhön-

gige Auseinandersetzungen des Grundstückseigentümers über Schadensersatzansprüche gegen das Land.

Neugebauer: "Jetzt sind die von der SPD vorausgesagten, aber stets von der Landesregierung betrittenen finanziellen Schäden der politisch und rechtlich unverantwortlichen Haltung des Innenministers zur Duldung einer rechtswidrigen Baugenehmigung teilweise bekannt. Es ist empörend, daß der Innenminister des Landes den Bürgern mit seinem Verhalten zunächst einen eklatanten Verstoß gegen das gesunde Rechtsempfinden zumutet und der Bürger als Steuerzahler dann auch noch für die finanziellen Folgen des Fehlverhaltens dieses Ministers aufkommen müsse. Dieser Innenminister sollte sich erneut fragen, ob er noch für dieses Amt tragbar ist." (SIB 114)

Wieder in den Kreistag!

Das vierte Mal wurde Wulf-Dieter Stark-Wulf aus Gettorf in den Kreistag gewählt. Gestärkt durch fast fünfhundert Wählerstimmen mehr als anlässlich der Kommunalwahl des Jahres 1982; für die er sich auch an dieser Stelle noch einmal bei den Wählerinnen und Wählern der Gemeinde Neuwittenbek bedanken möchte, hat ihn die SPD-Kreistagsfraktion mit der Wahrnehmung neuer Aufgaben beauftragt.

Der Kreistag des Kreises Rendsburg-Eckernförde hat Wulf-Dieter Stark-Wulf in den wichtigsten Ausschuß, nämlich den Kreis Ausschuß, gewählt. Der Kreis Ausschuß ist unter Vorsitz des Landrats für die Verwaltung des

Kreises zuständig, er hat die Beschlüsse des Kreistages vorzubereiten und durchzuführen und über alle Personalentscheidungen des Kreises zu befinden. Daneben ist er noch Mitglied des Krankenhausausschusses (stellvertretender Vorsitzender) und des schleswig-holsteinischen Landkreistages.

Innerhalb der Fraktion gehört er zum Fraktionsvorstand und ist hier mit der Vor- und Nachbereitung der Fraktionssitzungen beauftragt.

Wie in der Vergangenheit hat es sich unser Kreistagsabgeordnete auch für die Zukunft vorgenommen, Ansprechpartner aller Bürger, Vereine und Organisationen zu sein, um dort zu helfen, wo es erwünscht wird. Sie errei-



chen Wulf-Dieter Stark-Wulf unter Tel. 1464. Und einen ersten Erfolg für Neuwittenbek scheint Herr Stark-Wulf bereits verbuchen zu können. Ihm ist es gelungen, unsere Gemeinde jetzt in den Förderungskatalog des Kreises bei der Schaffung einer zentralen Kläranlage zu bringen. Aufgrund der Größe war bislang eine Bezuschussung durch das Land vorgesehen. Da dem Land aber kaum Finanzmittel zur Verfügung stehen, hätte dieses Projekt in Neuwittenbek noch auf "die lange Bank geschoben" werden müssen.

zweckdienlich sind. Haben wir dann immer noch Geld, können wir an Wünschenswertes und Verschönerndes denken. Gisela Matte

**Kiesabbau: Schluß damit
Neuwittenbeker Bürger sind Lärmbelästigung leid**

Auf ihrer Sitzung am 27. Mai 1986 hat die Gemeindevertretung - gegen die Stimmen der SPD - erneut einem Antrag auf Kiesentnahme zugestimmt.

Diesmal handelt es sich um einen Antrag



der Firma Alpen auf Abbau von weiteren 250.000 Kubikmeter Kies im Bereich Eckholz/Annenhof. Die Abbauarbeiten sollen bis 1991 dauern.

Damit ist ein Ende der ständigen Belästigungen durch den Kiesabbau wieder in weite Ferne gerückt.

Seit 1979 - d.h. seit nun schon sieben Jahren haben die Neuwittenbeker Bürger unter den Begleiterscheinungen des Kiesabbaus zu leiden. Zuerst betroffen waren die Anlieger am Gettorfer Weg, als von der Firma Sixt auf Schinkelrade der Kies abgebaut wurde. Damals wurden diese Anwohner von den übrigen Neuwittenbekern noch ungläubig und verständnislos angesehen, als sie sich über den LKW-Verkehr beschwerten. Inzwischen sind wohl alle Einwohner der Gemeinde schon einmal in irgendeiner Art von den Kieslastern belästigt worden, aber besonders betroffen sind jetzt die Anlieger der Hauptstraße, der Altwittenbeker Straße und die Warleberger.

An manchen Tagen schon ab 6 Uhr morgens und dann viele Stunden lang im 2-Minuten-Takt brausen die schweren Kies-LKW durch Neuwittenbek. Dann können die Fenster zur Straße nicht mehr geöffnet werden, weil der Lärm sonst unerträglich ist und weil der Staub und feine Sand vom Fahrtwind und

**Muß das sein?
Ist das solide Finanzpolitik?**

Seit ich wieder in der Gemeindevertretung sitze, fallen mir die vielen Geldausgaben auf. Ich denke, wir müssen sparen -für die Vollkanalisation.

Die Ausgaben sind nicht hoch, aber zahlreich. Hier 400,-- DM, da 1.000,-- DM und noch weitere 3.000,-- DM. Die Hallendacherneuerung und die Reparatur einer ständig verstopften Toilette sind notwendig und richtig. Doch ständige Ausgaben für wünschenswerte und zur Verschönerung dienende Dinge sind in Zeiten, da ganz große Aufgaben anstehen, wohl fehl am Platz.

Wenn all' diese Ausgaben zusammengezählt werden, kommen recht große Summen zustande. Dann sollte man lieber die Heizungsanlage in der Schule sanieren. Ist die Ausgabe im Moment auch größer als 3.000,-- DM, so spart man hinterher doch Geld ein. Wenn wir nur 10 % des Heizöls und der Stromkosten einsparen, so könnten wir mit ruhigem Gewissen für diese Einsparung Verschönerungsarbeiten vornehmen. Hinzu kommt, daß die total überalterte Anlage jeden Tag "den Geist aufgeben" kann und dann ist es vielleicht Winter und -18° C kalt.

Der Unterricht müßte für einige Zeit in dem Wohnzimmer der Gemeindevertreter stattfinden. Außerdem ist dann damit zu rechnen, daß unter Zeitdruck nicht das technisch Beste eingebaut wird, sondern nur das, was am schnellsten machbar ist.

Geldausgaben ja, aber nur wohl überlegt und für Dinge, die nützlich, erforderlich und

von den natürlichen Luftbewegungen bis auf den Wohnzimmertisch gewirbelt wird. Diejenigen Anlieger, die einen Bürgersteig auf ihrer Straßenseite haben mit einem Rinnstein, den sie laut Satzung der Gemeinde einmal wöchentlich zu reinigen haben, können außerdem ein Lied davon singen, wie viele Schubkarren voll Sand sie in einem Jahr so zusammenfegen müssen.

In den ersten Jahren hatte die Gemeinde ja noch die Hoffnung, für die Belästigung ihrer Bürger wenigstens eine finanzielle Entschädigung in Form eines Anteils an der Gewerbesteuer des Unternehmens zu bekommen, insbesondere, weil der Unternehmer dies zugesagen versprochen hatte. Aber diese Hoffnung ist längst verschwunden; von der Firma Sixt jedenfalls hat die Gemeinde in all den Jahren nicht einen einzigen Pfennig Gewerbesteuer erhalten.

Auch sonst hat die Gemeinde im Laufe der Jahre eine Menge schlechte Erfahrungen machen müssen:

- Das in der Genehmigung des Kreises genau festgelegte Abbaugelände wurde eigenmächtig ausgedehnt.
- Die Termine für die Beendigung des Kiesabbaus und die Fertigstellung der Rekultivierung werden grundsätzlich nicht eingehalten.
- Über die vom Kreis festgesetzten Auflagen setzen die Firmen sich teilweise großzügig hinweg.
- In den ausgebeuteten Kiesgruben wird unerlaubt Bauschutt abgelagert.
- Die LKW-Fahrer halten sich nicht an die in mühsamen Verhandlungen mit der Kreisverkehrsaufsicht erreichten Geschwindigkeitsbeschränkungen.

Schluß mit Kiesabbau

- Die zwischen Gemeinde und Abbaufirma ausgehandelten und schriftlich fixierten Vereinbarungen - z.B. kein Fuhrbetrieb vor 7 Uhr morgens und an Sonnabenden, regelmäßige Reinigung der Rinnsteine usw. - werden einfach nicht eingehalten.
- Die Untere Landschaftspflegebehörde des Kreises als Genehmigungs- und Aufsichts-

behörde ist personell einfach nicht in der Lage, die verschiedenen Abbauvorhaben regelmäßig zu überwachen und vor allem auf die Einhaltung der festgesetzten Auflagen zu achten.

Vor einigen Jahren hat die Gemeindevertretung auch schon versucht, ihre Zustimmung zu einem Kiesabbauvorhaben zu verweigern. Der Landrat hat den Gemeindevertretern jedoch eindeutig klargemacht, daß eine Ablehnung nur aus "planerischen Gesichtspunkten" möglich ist. Das heißt in einem gültigen Flächennutzungsplan der Gemeinde müßte für das vorgesehene Abbaugelände eine andere Nutzung geplant sein.

Diese Voraussetzung ist in unserer Gemeinde nicht gegeben, und so müssen die Gemeindevertreter jedem neuen Antrag - wenn auch zähneknirschend - zustimmen.

Die drei Gemeindevertreter der SPD haben den Antrag der Firma Alpen aber trotzdem abgelehnt, weil nämlich der Eigentümer des Grundstücks, Herr Jan-Behrend Schmidt, vor Beginn der Sitzung erklärt hat, daß er an einer Auskiesung der Fläche eigentlich gar nicht interessiert sei. Er sei in erster Linie Landwirt und wolle die Flächen weiter landwirtschaftlich nutzen. Bei der Kommunalwahl hatte Herr Schmidt ja auch die Aussage gemacht, daß er sich für die Verminderung der Verkehrsbelästigung durch den Kiesabbau einsetzen werde.

Aus den Erfahrungen der letzten Jahre kann man eigentlich nur folgenden Schluß ziehen:

Ein Ende des Kiesabbaus und damit der Belästigung durch Lärm und Schmutz und starkes Verkehrsaufkommen ist erst in Aussicht, wenn die Grundstückseigentümer endlich aufhören, immer neue Flächen zur Auskiesung zu verkaufen.

Das meinen die Anlieger

Zum Abschluß noch die Meinung von ein paar direkt Betroffenen:

Für Familie Fricke in Warleberg ist die Belästigung nicht mehr zum Aushalten. Bei trockenem Wetter können sie vor Staub und

Dreck kein Fenster aufmachen, und bei schlechtem Wetter spritzt der Matsch bis an die Fensterscheiben. An Mittagsschlaf ist nicht zu denken.

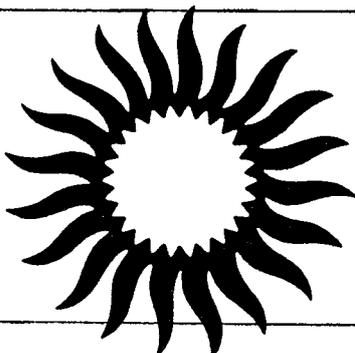
Für Herrn Dr. Grunwald in Neuwittenbek ist der Lärm die größte Belastung und danach der Schmutz im Rinnstein. Er findet, es ist ein Hohn, wenn der Grundstückseigentümer öffentlich behauptet, ihm sei an einer Genehmigung gar nicht gelegen, und dann trotzdem verkauft.

Frau Uffelmannd findet besonders jetzt im

Sommer, wo man sich im Garten und auf der Terrasse aufhalten möchte, die Lärmbelastung unerträglich.

Herr Urban vom Charlottenhof beschwert sich schon seit Jahren über die Überbeanspruchung der Hauptstraße durch Kieslaster, die dem Ruhebedürfnis der Anlieger einwandfrei zuwiderläuft. Er wehrt sich insbesondere gegen den Kiesabbau an Samstagen und gegen die unerträglich dichte Reihenfolge der Kieslaster an den Wochentagen.

(hab)



Die **SPD** wünscht allen Lesern trotz gegenteiliger Wetterberichte einen Supersommer und auf jeden Fall schöne Ferien!

Aus unserer Geschichte

Landwehr

Woher stammt eigentlich der Name unseres Ortsteiles Landwehr?

Vom Ursprung der früheren Levensau im Warleberger Moor bis zum Flemhuder See bestand eine Landwehr aus Wällen und Gräben, die seit 1225 bestimmt nachweisbare Grenze zwi-

schen Schleswig und Holstein. Es war dies die einzige Stelle, an der man "trockenen Fußes" von einem Landesteil in den anderen gelangen konnte. Diese Landwehr ist auf den Meyerschen Karten im Danckwerth-Atlas von



Ausschnitte (teils vergrößert) aus den Meyer'schen Karten des Danckwerth-Atlas zeigen die Befestigung bei Landwehr (Landscheide) - gezeichnet wie das Dannewerk bei Schleswig



1652 noch eingezeichnet, wie auch in der Holstein-Karte des N.J. Piscator (1659). Die letzten Überreste dieser Befestigungsanlage verschwanden mit dem Bau des Eiderkanals.¹⁾

1930 gruben Warleberger Landarbeiter im Bereich des Galgenberges Steine aus, die inform einer Mauer angeordnet gewesen seien. Insgesamt sind 32 Fuder Steine abtransportiert worden, die zum Chausseebau (heutige K 90) verwandt wurden. Auch wieder einige Jahre nach dem letzten Kriege fand man dort eine Vielzahl von Steinen. Mitte der 70er Jahre wurden letztmalig Steine im größeren Umfange vom Galgenberg abtransportiert. Alles dies dürften Reste der alten Befestigungsanlage gewesen sein.

Es gibt sogar Anhaltspunkte dafür, daß ent-

lang der Landwehr um 1350 ein schiffbarer Graben verlief, der die Verbindung zwischen Levensau und Flemhuder See/Eider herstellte.²⁾ Dafür spricht auch, daß z.B. die Karten des Marcus Jordanus (etwa 1559), des Gerard de Jode (1578) und des Abraham Ortelius (1579)³⁾ Eider und Levensau durch einen Wasserlauf verbunden darstellen.

Bernd Brandenburg

- 1 Gloy, Die Heimat, 1902, S. 234
- 2 Vollertsen, Gettorfer Weihnachtsanzeiger 1984; dies mutmaßt auch Gerd Quedenbaum, Im Spiegel der Lexika, 1984, S. 97 unter Hinweis auf Ausführungen zum Stichwort 'Levensau' in der 'Allgemeinen Encyclopädie' von Esch und Gruber aus dem Jahre 1882
- 3 die beiden Letztgenannten schufen allerdings nur Nachbildungen der Jordanus-Karte; vgl. Witt, Anfänge der Kartographie und Topographie Schleswig-Holsteins, 1982, S. 48

Pfeilspitzen und Steinbeile

Neuwittenbeks Arbeitsgruppe 'Dorfchronik' interessiert sich nicht nur für die Ereignisse in den letzten Jahrhunderten. Es geht auch um die 'graue Vorzeit'.

So manches Steinbeil wurde auf den Äckern Neuwittenbeks gefunden. Zur Aufarbeitung gehört zunächst eine Bestandsaufnahme dieser frühgeschichtlichen Funde. Zeichnungen der Fundstücke - versehen mit Fundort und -zeit - werden dann dem Landesamt zur Auswertung zur Verfügung gestellt.

Einen Grundstock bildet die Schulsammlung. Bedauerlicherweise sind bei diesen Exponaten größtenteils die Fundorte nicht angegeben (stammen sie überhaupt aus unserem Gemeindegebiet?). Wer hier weiterhelfen kann (oder auch selbst Fundstücke zum Katalogi-

sieren vorübergehend zur Verfügung stellen möchte), wende sich an den Schulleiter Heijo Siemen.

Ein Versuch, diese Arbeit zu unterstützen, ist vorerst gescheitert. Bernd Brandenburg hatte im Amtsausschuß angefragt, ob nicht ein Historiker (über eine AB-Maßnahme) beim Amt beschäftigt werden könnte, um so dann die Arbeit der örtlichen "Dorfchronik-Gruppen" unterstützen zu können. Eine vergleichbare Maßnahme läuft erfolgreich im Amt Hütten. In den anderen amtsangehörigen Gemeinden scheint das Interesse nicht sonderlich groß zu sein; auch seien vordringlichere Aufgaben zu erfüllen. Brandenburg abschließend: "Eine Beerdigung erster Klasse".

Briefe an die Redaktion... Leserbriefe... Leserbriefe... Leserbriefe

1

Betrifft den Artikel 'Sport + Politik' von Jochen Habeck in unserer letzten Ausgabe

In der letzten Ausgabe des "Dorfgeflüster" hatte der Leser die Möglichkeit, die Meinung von Jochen Habeck über sogenannte Politik im TSV nachzulesen.

Sein anfangs sehr sachlicher Artikel, in dem er es mißbilligt, daß ein Mitglied der Wählergemeinschaft mit seiner Arbeit im TSV für seine Kandidatur bei der Kommunalwahl wirbt, hat auch die Mißbilligung des Gesamtvorstandes gefunden. Das Mitglied wurde dafür vom Vorstand des TSV gerügt. Die Sachlichkeit des Artikels findet aber sehr abrupt ein Ende, indem Herr Habeck versucht, in den Antrag des TSV - Prüfung, ob es technisch möglich ist, die Mehrzweckhalle zu erweitern - hineinzudeuten.

Der Vorstand des TSV kann weder in diesem Antrag noch in den Ausführungen des 2. Vorsitzenden auf der Jahreshauptversammlung Politik feststellen.

Aber dessen nicht genug. Immer noch unter dem Motto "Sport und Politik" wirft Herr Habeck dem TSV-Vorstand Unverantwortlichkeit und Unverschämtheit vor, mit einem solchen Antrag an die Gemeinde heranzutreten.

Noch unverständlicher wird sein Artikel, als er Zahlen nennt, die den Leser vermutlich darüber informieren sollen, was die Gemeinde alles für den TSV tut.

Sehr verwunderlich ist, daß Herr Habeck als Beispiel das Sportler- und Jugendheim angibt, das während seiner Amtszeit als Bürgermeister überwiegend von TSV-Mitgliedern gebaut wurde. Abgesehen davon können die genannten Zahlen vom TSV-Vorstand nicht nachvollzogen werden.

Besonders über den letzten Satz in diesem Artikel müssen wir unser Befremden ausdrücken: Wörtlich zitiert "Und die Gemeinde hat schließlich auch noch andere Aufgaben, als nur die sportliche Betätigung ihrer Einwohner so bequem und billig wie möglich zu machen".

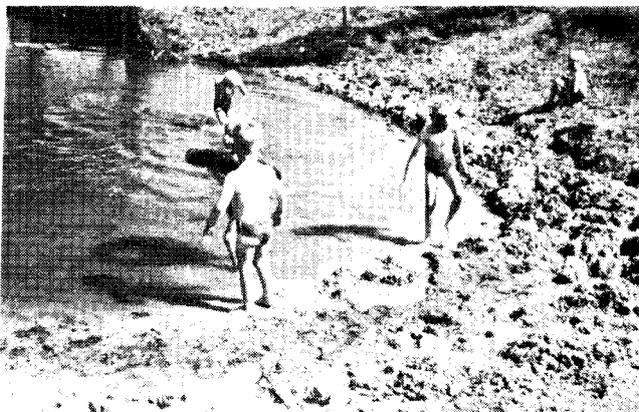
Der gesamte Artikel ist vom TSV-Vorstand mit Mißfallen zur Kenntnis genommen worden und dieses wurde Herrn Habeck auch mitgeteilt.

Mit diesem Artikel möchten wir zum einen unseren Unmut gegen die Art, wie ein TSV-Mitglied versucht, einen Keil zwischen Gemeinde und TSV zu treiben, kundtun, und zum anderen möchten wir die Gelegenheit wahrnehmen, der Gemeinde für die gute Zusammenarbeit und das kostenlose Zur-Verfügung-Stellen der Sportanlagen zu danken. Der TSV-Vorstand möchte die gute Zusammenarbeit in keiner Weise zerstören oder zerstören lassen. Der TSV-Vorstand wünscht, daß alle Gemeindeglieder und TSV-Mitglieder - z. Zt. 530 - ihren Sportbetrieb so optimal wie möglich ausführen können. Aus diesem Grunde stellen wir den einen oder anderen Antrag an die Gemeinde. Dies werden wir auch in Zukunft beibehalten.

TSV Neuwittenbek
- Gesamtvorstand -

2

Betrifft den Leserbrief von Gustav zu Putlitz
in unserer letzten Ausgabe



Warleberger Badehunde:
Im Vordergrund v. l. u. r.
Jesu Grabke
Carsten Grabke
Wilfried Jolst (sitzend)

Oberu abgebildetes Foto allen Lesern zur
Kenntnis, insbesondere meinem Nachbarn
Gustav zu Putlitz.
Warleberg, d. 15.6.86

Mit freundlichen Grüßen
Wilfried Jolst

Tschernobyl und die Folgen

von Prof. Dr. Otmar Wassermann

Die chinesische Sprache setzt den Begriff "Krise" aus zwei Schriftzeichen zusammen: "Wei-ji", d.h. Gefahr UND Gelegenheit. Darin steckt Hoffnung, nämlich durch entschlossenes Nützen der Gelegenheit zum Umdenken und noch rechtzeitigen Aufgeben von Irrwegen.

Noch vor 3 Jahren hat unsere Atomindustrie den Reaktortyp "Tschernobyl" als Vorbild an Sicherheit hoch gelobt. Jetzt sind wir Zeugen einer Kettenreaktion von Katastrophen,
- derjenigen von Tschernobyl
- derjenigen des jämmerlichen Versagens unserer Regierungen, zuständigen Behörden (sog. "Öffentlicher Dienst"!), sog. unabhängigen Experten in Bonn etc. und

- derjenigen einer intensiven Verschleierungspolitik durch "politische Kontamination", da andere nicht mehr möglich, ausschließlich aus ökonomischen und politisch-opportunistischen Gründen.

Die Langzeitschäden dieser Katastrophen sind noch unübersehbar, sie können nur noch durch ein nicht ermüdendes geschärftes politisches Bewußtsein der Bevölkerung eingegrenzt werden, das an die nächsten Generationen denken muß!

Vor einer Verurteilung der sowjetischen Geheimhaltungsneurose müssen wir die Informationspolitik in diesem unserem Lande kritisch prüfen.

Das Krisenmanagement zeigte ein Höchstmaß an Dilettantismus, an welchem deutlich wird, mit welcher fahrlässigen Unbefangtheit Regierungen und Energie-lobby die Bevölkerung über die Unbeherrschbarkeit der zahllosen erheblichen Risiken der Atomenergie in Unkenntnis halten.

Die Verseuchung Westeuropas durch die Radioaktivität aus Tschernobyl wird uns nun deshalb so augenfällig, weil sie soviel leichter meßbar ist, als die ständig zunehmende Belastung mit Hunderttausenden an chemischen Schadstoffen. Daß diese seit Jahrzehnten intensiv verharmlost wird - auch in Schleswig-Holstein -, ist nur nicht so allgemein bekannt. Ich kenne viele Beispiele.

Neben den direkten Schäden durch radioaktive Strahlung muß eine Verstärkung der Gesundheitsgefährdung aus der bestehenden chemischen Schadstoffbelastung angenommen werden. Zusätzlich zur bereits erfolgten radioaktiven Verseuchung wird neben der Anreicherung der Isotopen über Nahrungsketten noch für 10 - 20 Jahre aus höheren atmosphärischen Schichten Tschernobyl-Fall-out niedergehen - zusätzlich zu der sog. "normalen Emission" aus unseren Kernkraftwerken im Normalbetrieb im Bereich von Milliarden Bq pro Jahr.

Und ist die Emission aus Tschernobyl überhaupt schon gestoppt? Schließlich, machen wir uns eigentlich ernsthaft Gedanken über humanitäre Hilfsmöglichkeiten für die Katastrophenopfer in und um Tschernobyl?

Jedes radioaktive Atom ist im Körper eine Schadensquelle, es kann daher keine Schwellenkonzentration geben. Die gesetzten Schädigungen sind im niedrigen Dosenbereich extrem schwierig nachzuweisen.

Grenzwerte sind im wesentlichen politische Vorgaben, die der Bevölkerung ein - mehr oder weniger großes - Gesundheitsrisiko zumuten, aber ohne sie umfassend darüber zu informieren. Die Bevölkerung quittiert diese Zumutung mit schleichender Zunahme zahlreicher Erkrankungen, von denen Krebs nur einen Teil ausmacht. Diese diffuse Situation ist epidemiologisch längst nicht mehr eindeutig aufklärbar, da die Industrie der menschlichen Gesellschaft und ihrer Mitwelt schon Hunderttausende verschiedener Schadstoffe zumutet. Die Folgen sind überall sichtbar, die Ursachen bleiben möglichst lange verdeckt.

Allein durch Tschernobyl wird eine Zunahme "spontaner Krebserkrankungen" ("spontan" = "plötzlich aufgetreten, vielleicht von selbst") um etwa 13.000 für die BRD vorausgesagt. Die Internationale Strahlenschutzkommission IRCP senkte aber rein rechnerisch die Strahlenbelastung durch Einführung von "Wichtungsfaktoren", da schließlich der medizinische Fortschritt auch einige Krebsfälle inzwischen etwas besser therapieren kann ... Menschenverachtender Zynismus und radioaktiver Fall-out kennen keine Grenzen. Wir leben - noch - im Zeitalter des Industrie-Darwinismus!

Die Grenzwerte der Strahlenschutzverordnung von 1976 (StrSchVO) mit 30 bzw. 90 millirem pro Jahr waren ihrerseits schon nicht frei von "ökonomischen Zwängen", sie sollen jetzt von der IRCP weiter aufgeweicht werden. Warum protestiert unsere Ärzteschaft nicht dagegen?

Diese Aufweichungsabsicht der IRCP wurde vom hiesigen Sozialministerium ausgenutzt, um gegen die sorgenvollen und wissenschaftlich wohl begründeten Ernährungsempfehlungen der Kieler Radiologen massiven politischen Druck auszuüben. Selbst wenn wir das fehlende politische Fingerspitzengefühl übersehen, dies bleibt ein eklatanter Verstoß gegen Artikel 5, Absatz 3 des Grundgesetzes, welcher "Freiheit in Forschung und Lehre" - noch - garantiert. Ich unterstütze mit dem größten Nachdruck den warnenden, von Verantwortungsbewußtsein getragenen Aufruf der Radiologen!

Ohne genaue Kenntnis der Isotopenzusammensetzung des - geographisch sehr unterschiedlichen - Fall-out ist keine korrekte Strahlendosisberechnung möglich, versucht man dies trotzdem, so wird die wirkliche Situation unzulässig vereinfacht. Die täglichen Angaben in "Bq/m³ Luft oder pro Kg Gemüse, Milch, Fleisch, etc." sind nahezu sinnlos. Sie ermüden nur die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, wie beim Lesen des Wetterberichts.

Die Grenzwertpolitik der Industriena-tion BRD läßt z.B. im Bereich der chemischen Schadstoffe die Werte so hoch ansetzen, bis Schädigungen - z.T. erst nach Jahren - sichtbar werden. Beispiel: Luftverschmutzung. Bei der Radioaktivität ist es jetzt nicht anders. "500 Bq/Liter Milch sagt nicht, von welchen Isotopen diese Radioaktivität stammt. Einige Liter solcher Milch entsprechen 10 - 30 Röntgenaufnahmen bei dem Kleinkind! Wer würde so etwas zulassen?

Ein Grenzwert für Cäsium 137 wurde am 5. Mai 1986 von der sog. Strahlenschutz-Kommission des BMI für Gemüse auf 100 Bq/Kg festgesetzt ... und drei Tage später wieder aufgehoben, da nicht einzuhalten oder unter politischem Einfluß? Ein Grenzwert für Cäsium 137 im Fleisch wurde - wohl aus gleichem Grund - gar nicht erst erwogen. Vom Verzehr von Wild und Fleisch von Tieren, die Zugang zu kontaminiertem Futter hatten, ist dringend abzuraten, solange nicht glaubwürdige Messungen und Bewertungen vorliegen. Danach muß neu entschieden werden.

Die Anhebung der zulässigen Ganzkörperbelastung von 30 millirem, welche die StrSchVO ohnehin NUR IN DER NÄHE VON KERNANLAGEN MAXIMAL vorsieht, um den Faktor 100 (!) auf 3 rem ist verantwortungslos, da sie mögliche Gesundheitsschäden zumutet. Die Dosisfaktoren des BMI beziehen sich auf den "Standard-Mensch" als Erwachsenen und als Kleinkind. Diesen gibt es nicht. Sie berücksichtigen nicht die besonders empfindliche Situation von Embryonen und Föten mit ihrem enorm gesteigerten Stoffwechsel und ihrer mehrfachen Chemie- und Strahlenempfindlichkeit, verglichen mit dem imaginären "Standardmenschen".

Das höchst komplizierte Verteilungs- und Anreicherungsverhalten der vielen radioaktiven Elemente aus Tschernobyl und ihrer Zerfallsprodukte, sowie die durch sie vielfältig möglichen Strahlenschäden und Kombinationseffekte mit nichtradioaktiven chemischen Schadstoffen werden nicht annähernd berücksichtigt. Das gefährliche Strontium 90 wird bewußt wegen seiner Brisanz aus der Zeit der Atombombenversuche in den 50er und 60er Jahren aus der öffentlichen Diskussion gehalten, auch durch die bekanntlich Regierungsunabhängige (!) Kieler Nachrichten... Die Strontium 90-Belastung ist in wenigen Tagen nach Tschernobyl bereits 10 mal so hoch wie insgesamt in der Folge der Atombombenversuche! Auch Schleswig-Holstein hält die wenigen bisherigen Strontium-Meßwerte geheim. Eingelagert in die Knochen, bestrahlt es jahrelang z.B. das Knochenmark, schädigt die Vorläufer der weißen Blutzellen und damit auch das Immunsystem, mit allen Folgen für Sekundärerkrankungen infolge Immunschwäche, wie Krebs, Infektanfälligkeit, vielleicht bis hin zur Verschlimmerung der AIDS-Welle...

Allein durch das Atmen wurden in vielen süddeutschen Regionen bei Jod 131 die Grenzwerte der StrSchVO weit überschritten. Wahrscheinlichkeitsberechnungen, wie "ein GAU in 100.000 Betriebsjahren" dienen der Irreführung der Bevölkerung. Sie können auch anders ausgelegt werden, nämlich "ein GAU demnächst und Grabesruhe für den Rest der Zeit". Durch den Super-GAU von Tschernobyl ist die Radioaktivität von weit über 1.000 Hiroshima-Bomben freigesetzt worden, sie hält sich z.T. noch in Höhen unterhalb 10.000 Meter in der Atmosphäre auf, es wird nichts verloren gehen...

SCHUTZMAßNAHMEN sind vor allem persönliche Entscheidungen. Jedes wahlaktische Diktat von derzeit regierenden Politikern muß sehr kritisch hinterfragt werden, da letztere nur in Wahlperioden denken. Lassen Sie Ihr geschärftes Problembewußtsein nicht ermüden und zügeln Sie eventuell leichtfertige Risikobereitschaft, im Interesse der nächsten Generation.

Es gibt keine flächendeckende, die gefährlichen Isotopen vollständig erfassende Messungen, auch nicht in Schleswig-Holstein, und damit auch keine Sicherheit. Vermeiden Sie Straßentaub im Haus und unnötigen Bodenkontakt im Freien, wenn der Boden nicht sicher dekontaminiert ist.

Die ersten Spuren des ganzen Spektrums der Tschernobyl-Radioaktivität wurden bei uns in der Muttermilch gefunden. Wohl gemerkt, "Spuren", etwa 1/10 der Kuhmilch-Konzentration und damit anscheinend weit unter fragwürdigen Grenzwerten. Dennoch sind die abwiegenden Aktivitäten aus einer dem Sozialministerium untergeordneten Untersuchungsstelle gegen besorgte Frauenärztinnen verantwortungslos und haben zu unterbleiben. Strikte Vermeidung auch nur "gering kontaminierter" Nahrung vermindert das Risiko, die regelmäßige Einnahme von Kalkpräparaten kann wenigstens die weitere Aufnahme von Strontium 90 bremsen.

- Organisieren Sie für Schwangere, Kinder und Jugendliche die politische Forderung der sofortigen Freigabe der EG-Vorräte, dann haben diese wenigstens einen Sinn.

- Gründen Sie Initiativen für den Import unbedenklicher Nahrungsmittel, wenn der Staat dies nicht für nötig hält.

- Bestehen Sie auf Kontrolle der Zuverlässigkeit der sogenannten "Messungen" durch unabhängige Fachinstitutionen, z.B. an Universitäten.

- Fordern Sie von der Bundesregierung auch als betroffene "allgemeine Bevölkerung" Schadenersatz für unbrauchbaren privaten Gemüseanbau, Einbuße an Lebensqualität, Gesundheitsgefährdung etc.

Und denken Sie immer an das chinesische "WEI - JI" -- Gefahr und Gelegenheit zu noch rechtzeitigen Umdenken. Prof. Dr. Otmar Wassermann Institut für Toxikologie; Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Am 26. Mai 1986 besuchten 2000 Zuhörer eine der vollsten AstA-Veranstaltungen der letzten 20 Jahre! Im Audi-Max. der Universität Kiel sprachen Dr. Mikelskis, Prof. Satelmachers und Prof. Wassermann.

Der Vortrag von Prof. Wassermann - Institut für Toxikologie, CAU - haben wir auf grund allgemeinen Interesses abgedruckt. Es lohnt sich, ihn mehrfach zu lesen! VoWe



Plutonium - Neptunium - Caesium - Zirkon - Strontium - Molybdän - Ruthenium - Tellur - Barium - Technetium - Krypton - Argon - Jod Diese radioaktiven Isotope wurden in der Bundesrepublik nach Tschernobyl nachgewiesen; insgesamt über 100 radioaktive Isotope werden erwartet. "...einige werden uns noch lange begleiten", sagt der Kieler Toxikologe Dr. H. Kruse.

"Sorgsam ausgewählte, qualitativ hochwertige Fotografien" (stimmt!) "zeigen alle kerntechnischen Anlagen der Bundesrepublik und vermitteln darüber hinaus ein Bild von Landschaft und Menschen", heißt es im Begleitschreiben. Ein Bild ersetzt tausend Worte, sagt die schreibende Presse. Die Farbfotos dieses Bildbandes geben mir jedoch keinerlei Informationen. Insbesondere nicht die Informationen, die ich nach Tschernobyl haben will. Und auch der Textteil des Bildbandes liefert nicht diese Informationen. Propagiert wird die Kernenergie ("Deutsche Kernkraftwerke zählen zu den sichersten und wirtschaftlichsten der Welt."). Wenn ich dann die Frage lese: "Wußten Sie, daß deutsche Kernkraftwerke Tag und Nacht von staatlichen Behörden überwacht werden?", wachsen bei mir die Zweifel an der Objektivität der Verfasser. Wo war die Überwachung durch staatliche Behörden beim Vorfall in Hamm-Uentrop am 4. Mai? Resümee zum Bildatlas: eine farbenprächtige Propagandaschrift, die wir alle letztlich mit Stromgebühren finanzieren.

Tschernobyls Auswirkungen

Die Katastrophe von Tschernobyl war am 26. April. Die Atomwirtschaft reagierte schnell. Mit Schreiben vom 2. Mai erhielten wir, die SPD-Fraktion (wie auch Neuwittenbeks Fraktionen von CDU und 'Grünen'), den Bildatlas "Kernenergie in Deutschland" (nach dem Verständnis der Verfasser ist damit nur das bundesrepublikanische Deutschland gemeint). Versender war der Informationskreis Kernenergie - IK - (nach eigenen Angaben 1975 gegründet, bestehend aus Publizisten, Wissenschaftlern und Vertretern der Energiewirtschaft).

Laut Anschreiben ist dieser 100seitige Bildatlas zu unserer "persönlichen Information"; im Bedarfsfalle ("kommunalpolitische Informationsarbeit") könnten wir über die IK-Geschäftsstelle "weitere Exemplare anfordern" (doch wohl gratis).

Bernd Brandenburg

Ich war dabei...

Ein Augenzeuge berichtet aus Brokdorf

Samstag 07.06.1986 13.00 Uhr.

Ich erreiche Wilster. Lediglich einer Polizeikontrolle in Hohenlockstedt mußte ich mich unterziehen. Die Notwendigkeit dieser Kontrollen war für mich ohne Zweifel. Denn auch ich hatte Furcht vor Ausschreitungen bei der Großdemonstration, ausgelöst durch Gewalttäter, und hoffte, daß es gelingen würde, die Gewalttätigen fern zu halten. Auch das Flugblatt, welches ein Beamter mir aushändigte, machte mir Mut. Anfängliche Selbstzweifel an der Teilnahme wurden gemildert; ich war entschlossen, meine Angst vor Kernenergie an diesem Tage in Brokdorf kundzutun.

In Wilster ging es mit dem Auto nicht weiter. Ich war verwundert, denn durch den Rundfunk wurde mitgeteilt, daß friedliche Demonstrationsteilnehmer bis auf 2 Km zu dem Veranstaltungsort fahren konnten. Nun gut, ich setzte meinen Weg zu Fuß fort und reihte mich in den endlos scheinenden Zug ein. Es sind 10-12 Km von Wilster nach Brokdorf. Beeindruckend die Menschenmassen, die sich auf der Straße wohlgeordnet in Richtung des Atomkraftwerkes zubewegten. Chaoten? Ich konnte in der friedlichen Menge keine ausmachen. Angenehm

überrascht war ich über die Teilnahme von vielen älteren Mitbürgern. Der Fußmarsch schien endlos. Ständig überflogen den Zug bis zu 20 Hubschrauber in geringer Höhe. Die Straße zum Kraftwerk ist begrenzt einerseits durch einen 5 m breiten Graben und andererseits durch eine Wiese mit anschließendem Kraftwerk. Geschützt ist jenes wiederum durch einen Graben (und Metallzäune).

Uns kommen abziehende Menschen entgegen und wir weichen auf die Wiese aus. Vor uns am Kraftwerksgraben Typen mit Motorradhauben; die vielbeschworenen Chaoten (Autonome nennen sie sich selbst). Ebenfalls vor dem Haupttor in der Nähe des Parkplatzes. (Die Medien werden später von 2000 Gewalttätern berichten, ich aber konnte allenfalls 100 bis 200 ausmachen;) Niemand von den Teilnehmern ahnte, daß die Hauptveranstaltung auf dem Parkplatz bereits von den Veranstaltern abgebrochen worden war, weil die Redner den Kundgebungsort nicht erreichten. Ebensovienig wußten wir von einer beginnenden Räumung durch die Polizei. Wozu - was gab es denn hier zu Räumen. - Doch die Räumung fand statt, die Chaoten wurden mit Wasserwerfern in die friedliche Menge getrieben und dann schoß man Tränengasgranaten in die Menge. (Warum wurden die Chaoten von den Greiftrupps der Polizei kaum beachtet? Braucht man die politisch Verirrten noch als Vorwand zum weiteren Vorrücken, oder fürchtet die Einsatzleitung womöglich eventuelle Kameraden zu verhaften?)

Panik bricht aus. Man versucht zu fliehen - sofern man überhaupt von Flucht sprechen kann. Während ein Teil der Demonstranten wieder vom Kraftwerk abrückt, strömen andere Teilnehmer weiter in Richtung Kraftwerk. Auch sie wissen nichts von der bereits aufgelösten Demonstration. Polizei und Grenzschutz klären auch nicht auf. Die B 431 ist von abziehenden und ankommenden Menschen verstopft. Aber man läßt sie nicht ziehen: Die Störbrücke bleibt hochgeklappt und mit Sand gefüllte Baucontainer blockieren die Fahrbahn. Die Po-

DEMONSTRATION JA!

**DOCH FRIEDLICH
UND OHNE WAFFEN.**

**DA AUCH GEWALTÄTER
ANREISEN, SIND KONTROLLEN
DER POLIZEI NOTWENDIG.**

**IHR AUFENTHALT WIRD VON
KURZER DAUER SEIN.**

BITTE HABEN SIE VERSTÄNDNIS.

DANKE IHRE POLIZEI



lizei treibt die Menge nun gegen den ankommenden Strom, der ahnungslos in die Tränengasgranaten hineinläuft. Ich habe Glück, über ein Brett den 5 m-Graben an der Straße zu überqueren und renne mit anderen über die Felder. Aus der wohlgeordneten Demonstration ist ein Durcheinander geworden. (Die Landwirte werden sich für die zerstörten Felder "bedanken".) Viele Menschen, ob alt oder jung werden durch den Graben getrieben.

Es erscheint mir wie ein Wunder, daß bei dieser für mich irrsinnigen und absolut überflüssigen Aktion kein Menschenleben zu beklagen ist. Die Verantwortlichen haben nicht nur Leben und Gesundheit der Kund-

gebungsteilnehmer auf's Spiel gesetzt, sondern auch das der jungen Polizisten.

Als ich um 18.00 Uhr den Marsch über die Wiesen zu meinem PKW antrete, strömen noch immer tausende über die Bundesstraße in Richtung Kraftwerk.

Enttäuscht und verbittert trete ich die Heimreise an. Mein im Grundgesetz verankertes Recht auf friedliche Demonstration sehe ich nun nicht nur durch Chaoten gefährdet, sondern auch durch die Staatsgewalt, der ich an diesem Tage jedes verantwortliche Handeln abspreche. Das Flugblatt der Polizei erscheint mir wie Hohn.

Wilfried Johst

★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★

*Sie sägten die Äste ab, auf denen sie saßen
Und schrieen sich zu ihre Erfahrungen
Wie man schneller sägen konnte, und fuhren
Mit Krachen in die Tiefe, und die ihnen zusahen
Schüttelten die Köpfe beim Sägen und
Sägten weiter.*

Bertolt Brecht

Der ungeschriebene Brief

Herrn

Dr. Walter Wallmann

Minister für Umwelt,

Naturschutz und Reaktorsicherheit

Bundeshaus

5300 B O N N

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Wallmann,

Sie sind also nun der Mann, der für all das zuständig sein soll, was in Ihrem Titel aufgeführt ist: ein Supermann, der aus dem Stand heraus funktionieren muß, ohne die hundert Tage Schonfrist.

Der Kanzler dieser unserer Republik will es wissen, acht Monate vor der Bundestagswahl!

Eine Signalwirkung hat ' Kohl's Kabinettstück ' offenbar auch schon: schließt doch Schleswig-Holsteins Barschel auf einmal

nicht mehr aus, was ihm über Jahre überflüssig schien - ein Umweltministerium; das allerdings würde es erst nach einer erfolgreichen Titelverteidigung bei uns geben, so der Chef aus dem Landeshaus an der Förde.

Mal ehrlich, Herr Minister Dr. Wallmann - glauben Sie wirklich, bis zum Januar 1987 Tschernobyl vergessen machen zu können?

Ich meine, wenn es stimmt, daß Sie bereits vor Bonn den Ausstieg aus der Kernenergie als ' unverantwortlich und undenkbar ' bezeichnet haben, was muß man da von Ihnen erwarten, Herr Dr. Wallmann !?

Wie gesagt, eine Schonzeit haben Sie nicht!

Von wegen Tschernobyl, Herr Wallmann.

Glauben Sie auch, daß dieses Thema schon ' durch ' sei, wie es neulich in einer Kieler Zeitung stand?

Ich denke da an meine Frau, die hat nämlich ihre ' Liebe zur Landwirtschaft ' entdeckt. Sie hat Kräuter gezogen und Radieschen gesät. - Und nun ?

' Rem- ' dösig sind wir inzwischen. Von Halbwertszeit ist die Rede, von Becquerel oder - für mich der Gipfel von Desinformation - von ' fehlender akuter Gefahr. '

Besonders Ihre Parteifreundin in Kiel, lieber Walter, die Gräfin aus dem Sozialmini-

sterium, tut sich da besonders hervor. Sie hat u.a. angesehene Wissenschaftler veranlaßt, öffentlich geäußerte Kritik an der gräflichen Unbedenklichkeitsgarantie genauso öffentlich wieder zurückzunehmen!

Machen wir uns doch nichts vor, Walter. Es gibt ihn nicht, den absoluten Schutz vor dem GAU. Und daher muß alles getan werden, um uns unser Recht zu geben, das Recht auf Sicherheit und auf die Unverletzlichkeit des Lebens! Also, her mit Deinen Vorschlägen zu einer alternativen Energiegewinnung.

Unverantwortlich handelt der, Herr Minister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, der einen Verzicht auf Atomkraft als 'unverantwortlich und undenkbar' bezeichnet.

Wenden Sie Schaden von uns, so wahr Ihnen Gott helfe.

Wobei noch nicht geklärt ist, was meine Frau mit den Radieschen machen soll!

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Peter Axmann aus Neuwittenbek

Der Spruch des Monats

"Wallmann ist es wert, in einem Kabinett Kohl zu sitzen, dessen Halbwertszeit die von Jod 131 kaum übertreffen wird."

(Der SPD-Landesvorsitzende Jansen auf dem Landesparteitag am 8.6.86 in Meldorf zur Äußerung Wallmanns, man könne auf die Kernenergie nicht verzichten)

Anm. der Redaktion: die Halbwertszeit von Jod 131 beträgt acht Tage.

Ende gut - alles gut? Zur Schließung des Neuwittenbeker Bahnhofs

Wenn am 27. September des Jahres der Sommerfahrplan der Bundesbahn abläuft, schlägt für den Bahnhof in unserer Gemeinde Neuwittenbek die 'schwarze Stunde' - er wird für den Publikumsverkehr geschlossen, die Züge werden dann nicht mehr bei uns halten.

Das 'Neuwittenbeker Dorfgeflüster' wollte wissen, was die 'Männer vorort' darüber denken und noch einiges mehr. Zum Beispiel vom Fahrdienstleiter, von Olf Suffa. 49 Jahre ist er alt, verheiratet, zwei Kinder. Seine Hobbies: das Haus, der Garten, das Wandern und - ganz sicher - der Beruf.

Mit Herrn Suffa sprach Christa Axmann.

A: Was denken Sie hinsichtlich der Schließung 'Ihres' Bahnhofs?

S: Nichts Gutes! Der Kontakt mit den Leuten aus dem Dorf entfällt. Wir kennen doch fast alle. Das wird in Zukunft fehlen.

A: Werden Sie denn hier weiter beschäftigt sein?

S: Ja, natürlich. Wie bisher werden Herr Krause, ich und ein 'dritter Mann', der

immer wechselt, hier im Stellwerk arbeiten. Mindestens noch drei bis sechs Jahre. Eines ist klar: wir halten durch, auch wenn der Bahnhof auseinanderfällt.

A: Sie haben es schon gesagt - Sie führen interessante und lustige Gespräche mit den Leuten aus dem Dorf; Sie verkaufen natürlich Fahrkarten; was aber haben Sie noch zu tun?

S: Wir machen die Abrechnungen und bedienen, wie schon gesagt, das Stellwerk. Die Signale müssen gestellt werden, ebenso die Schranken. Dann müssen wir die Weichen pflegen und die Züge weitermelden. Für die, die was davon verstehen: die Blockbedienung der elektrischen Anlage erspart das Rückmelden - auf Knopfdruck ist die Strecke frei.

A: Wieviele Züge passieren den täglich?

S: 30 bis 40. Dazu gehören Sonder-, Arbeits- und Güterzüge, und die 'Kleinbahn', das sind die Werkzeugwagen der Kieler Hafen- und Verkehrsbetriebe.

A: Wie lange arbeiten Sie schon hier, und wie sieht es mit dem Schichtdienst aus?

S: Im nächsten Jahr bin ich zehn Jahre in Neuwittenbek. - Die 1. Schicht dauert von 5.30 h bis 13.00 h, dann geht es weiter

von 13.00 h bis 21.30 h. Sonntags gibt es auch Pausen, da kann ich schnell mal nach Hause fahren, nach Projensdorf, dafür dauert der Dienst abends länger.

A: Ist das mit dem Schichtdienst nicht manchmal ärgerlich?

S: Nein. Ich habe mir den Beruf ja ausgesucht. Es gibt zwar kaum zusammenhängende Wochenenden oder Feiertage, dafür aber freie Vor- oder Nachmittage.

A: Mal Hand auf's Herz - ist es nicht doch langweilig auf einem kleinen Bahnhof?

S: Nein; so ein kleiner lieber Bahnhof am Rande der Stadt ist mir sehr sympathisch. Einmal ist hier, wie gesagt, die Publikumsnähe intensiver. Manche Dinge erledigen sich im persönlichen Gespräch. Zum Beispiel Fundsachen. Eigentlich gehen die nach Altona. Das ist nicht nötig. Hier regeln wir das ohne großen bürokratischen Aufwand. Von Langeweile keine Spur. Hier haben wir das 'wunderschöne Landleben'. Bei Nordost wehen geradezu 'liebliche Düfte' zu uns herüber.

A: Was ist mit interessanten Erlebnissen?

S: Also, Sensationen gibt's nicht. Der Schneewinter war allerdings ein Erlebnis. Da haben wir die Fahrgäste zum Aufwärmen in den Dienstraum geholt, wenn die Züge Verspätung hatten. Können Sie sich so etwas auf großen Bahnhöfen vorstellen?

A: Und was ist mit dem Ärger über Fahrgäste?

S: Da ist eigentlich nichts. Manchmal kommt es vor, daß stundenlange Auskünfte eingeholt werden, ohne daß jemand eine Karte kauft oder wir jedenfalls ein 'Danke' hören. Dann fällt auf, daß bei Verspätungen immer nur die schimpfen, die nicht zur Stammkundschaft gehören. Aber, was soll's.

A: Sie werden also die Leute vermissen?

S: Auf jeden Fall! Uns wird etwas fehlen!



Aktion Ferienspaß Sommerferien 1986

Ferienspaß bietet allen zuhausegebliebenen Kindern Abwechslung in den Sommerferien

Im neunten Jahr bietet nun schon die Arbeiterwohlfahrt Gettorf und Umgebung allen Kindern, die aus den unterschiedlichsten Gründen nicht verreisen können oder wollen, ein unterhaltsames und interessantes Ferienprogramm an.

In diesem Jahr werden wieder zwei Wochen Ferienspaß angeboten: Die erste "Aktionswoche" geht vom 7. bis zum 13. Juli, die zweite Woche geht vom 28. Juli bis zum 2. August. Zum Programm gehören Tagesausflüge mit dem Bus, mit dem Fahrrad oder zu Fuß. Kreativität können die Kinder beim Basteln entwickeln und für die sportliche Betätigung gibt es zum Beispiel wieder einen Kegelnachmittag. Man sieht: Alle Interessengebiete der Kinder werden angesprochen - für jedes Kind bietet das "Ferienspaßprogramm" etwas. Mit 30,-- DM pro Woche ist die Ferienspaßteilnahme für jedes Kind erschwinglich, vor allem wenn man bedenkt, daß damit für das teilnehmende Kind alle Kosten abgedeckt sind.

Kinder aus der Gemeinde Neuwittenbek, die am "Ferienspaßprogramm" teilnehmen wollen, können sich bei Renate Cassel, Bölskamp 1, Neuwittenbek (Tel. 7574) anmelden.

Impressum

Artikel, die mit Namen oder Signum des Verfassers gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion dar. Diese behält sich weiterhin vor Artikel sinngemäß zu kürzen. Anonym eingesandte Artikel können nicht abgedruckt werden.

Jahrgang 9

Ausgabe 48/1986

Herausgeber : SPD-Ortsverein
Neuwittenbek
Redakteure : Georg Cassel
Hannelore Pechmann
Jochen Habeck
Wilfried Johst
Volker Weber
Anschrift : Bölskamp 29 a
2303 Neuwittenbek
Druck : Bigendruck
Auflage : 400

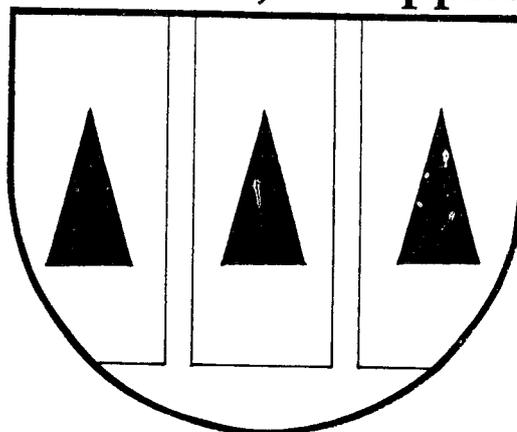
Zusammenführen
statt spalten!

SPD

"Den meisten Leuten sollte man in ihr Wap-
pen schreiben: Wann eigentlich, wenn nicht
jetzt".

Kurt Tucholsky

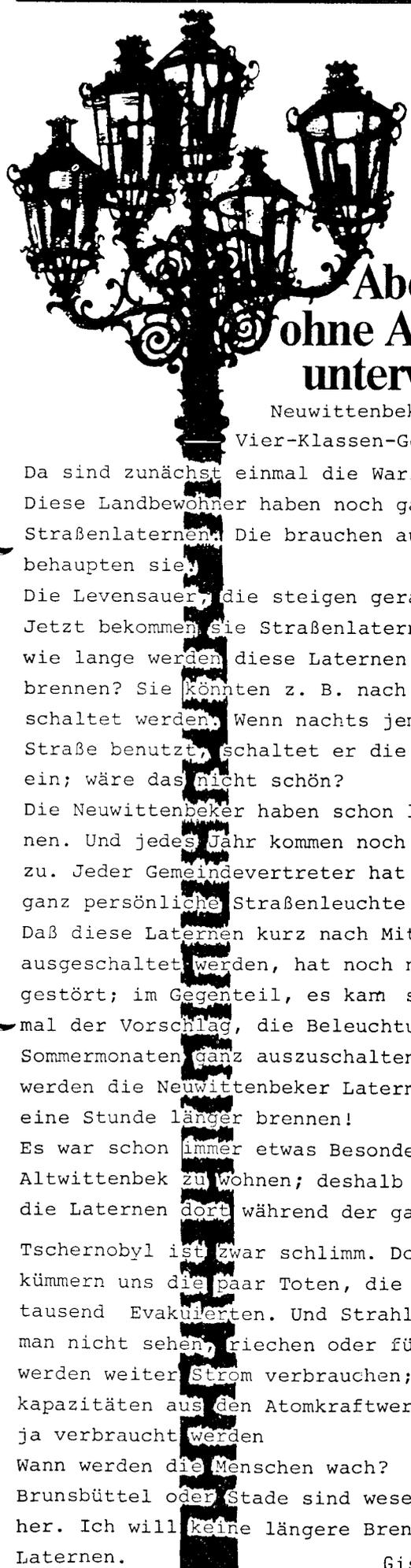
Gemeinde ‚bewappnet‘



Neben den Kreisen und vier kreisfreien Städten haben in Schleswig-Holstein rund 150 Gemeinden ihr eigenes Wappen. Eine Vielzahl davon wurde erst in den 30 er Jahren geschaffen. Einen weiteren Schub gab es in den zwei Jahrzehnten nach dem letzten Kriege. Und schließlich ist eine neue Wappenwelle in den vergangenen zwei bis drei Jahren festzustellen. Neuwittenbek hat sich nun auch in die Reihe der heraldisch interessierten Kommunen eingereiht.

Noch ist man hier im Entwurfsstadium; hat sich Entwürfe aus dem Kreise der Bürger geben lassen. Über 30 Vorschläge liegen vor, wie der Bürgermeister mitteilte. Als Symbole wurden angeregt: der weiße Bach (witten beke), das Fachwerkhaus, die Kornähre, das Eichenblatt.

Das Wappen einer Gemeinde muß vom Innenministerium genehmigt werden. Dabei verläßt man sich auf die heraldische Kenntnis des Landesarchivs; die Grundsätze der Heraldik müssen beachtet werden. So dürfen nur die sechs Farben weiß (silber), gelb (gold), schwarz, blau, rot und grün verwandt werden. Die Symbole sollen klar sein. Das Wappen darf nicht überladen wirken. Soll klar gegliedert und leicht wiederzuerkennen sein.



Abends ohne Angst unterwegs

Neuwittenbeker - eine Vier-Klassen-Gesellschaft?

Da sind zunächst einmal die Warleberger. Diese Landbewohner haben noch gar keine Straßenlaternen. Die brauchen auch keine, behaupten sie. Die Levensauer, die steigen gerade auf. Jetzt bekommen sie Straßenlaternen. Aber wie lange werden diese Laternen nachts brennen? Sie könnten z. B. nach Bedarf geschaltet werden. Wenn nachts jemand die Straße benutzt, schaltet er die Laternen ein; wäre das nicht schön?

Die Neuwittenbeker haben schon lange Laternen. Und jedes Jahr kommen noch welche hinzu. Jeder Gemeindevertreter hat so seine ganz persönliche Straßenleuchte geschaffen. Daß diese Laternen kurz nach Mitternacht ausgeschaltet werden, hat noch niemanden gestört; im Gegenteil, es kam schon einmal der Vorschlag, die Beleuchtung in den Sommermonaten ganz auszuschalten. Doch nun werden die Neuwittenbeker Laternen noch eine Stunde länger brennen!

Es war schon immer etwas Besonderes, in Altwittenbek zu wohnen; deshalb leuchten die Laternen dort während der ganzen Nacht.

Tschernobyl ist zwar schlimm. Doch was kümmern uns die paar Toten, die hunderttausend Evakuierten. Und Strahlen kann man nicht sehen, riechen oder fühlen. Wir werden weiter Strom verbrauchen; die Überkapazitäten aus den Atomkraftwerken müssen ja verbraucht werden.

Wann werden die Menschen wach?

Brunsbüttel oder Stade sind wesentlich näher. Ich will keine längere Brenndauer der Laternen.

Gisela Matte

Heide Simonis:

Wann werden die Männer begreifen?

Die Zukunft ist weiblich – die Vergangenheit und die Gegenwart allerdings auch: Nicht gerade Glanzzeiten, was die Gleichstellung von Frauen anbetrifft. Mann/Frau hüte sich also davor, einen griffigen Slogan schon als geeignetes Transportmittel für berechnete Ansprüche der Frauen an Politik und Gesellschaft zu betrachten. Vor allem junge Frauen und Mädchen, die flotte Sprüche und lockere Sprache kennen, werden sich schwer tun, begeistert zu den SPD-Fahnen zu eilen, wenn wir die Sprüche und DIE GRÜNEN die weiblichen Kandidaten haben. Diskussionen über Quoten, Reißverschlußverfahren und ähnliches, so schmerzlich und aufregend sie innerhalb der Partei empfunden werden mögen, verlieren ihren spröden Charme angesichts der grünen Chuzpe, wannimmeres der Wahltaktik nutzt Frauen – wie in Hamburg – als „freche Frauen“ mal total, mal mehrheitlich, mal zu drei Vierteln in Kandidaturen zu schicken.

Offensichtlich ist „Frau-sein“ für manche doch ein Programm, um in der Sprache der Grünen zu bleiben ein „affengeiles Projekt“ ein „total durchgeknalltes Experiment“. Angesichts solcher kurzfristigen spektakulären Erfolge kommt man fast in Versuchung, auf dieses „total durchgeknallte Experiment“ noch einen draufzuknallen, natürlich nicht affengeil, sondern mehr sozialdemokratisch; aber was haben eigentlich ältere Arbeitnehmerinnen, Rentnerinnen, berufstätige Mütter, ar-

beitslose Frauen, Mädchen ohne Ausbildungsplatz davon, wenn es nicht gelingt, über Show-Effekte hinaus, Männer Stück für Stück davon zu überzeugen, daß es sich um ihre Frauen, ihre Töchter, Schwester, Mütter, Freundin handelt, die durch Männerpolitik benachteiligt sind. Allein das richtige oder falsche biologische Kriterium steht noch nicht für Qualität in der Frauenpolitik und die joviale Zurückhaltung der Männer, die dem Feminat die Aufgabe überlassen, frauenpolitische Themen aufzugreifen, zeigt schon eher ärgerliche Züge von männlicher Überheblichkeit. Frauenpolitik ist nun wirklich kein Feld für durchgeknallte Experimente, sondern der Beweis dafür, wie ernst das Gerede von der Gleichberechtigung für Frauen ist, wenn es darum geht, Geld und Macht genauso solidarisch zwischen Männer und Frauen aufzuteilen, wie den Putz Lumpen und das alltägliche Geschirrwaschen. Die Zukunft ist nämlich nur dann wirklich weiblich, wenn Männer begreifen, daß ihre herablassende Gönnerhaftigkeit Frauen gegenüber einen feuchten Keks wert ist, gemessen an anständigen Renten, anständigen Arbeitsplätzen, anständigen Ausbildungsplätzen, anständiger Bezahlung. Und da sollten sich SPD-Männer aufgerufen fühlen, angesichts der „total durchgeknallten Experimente“ der Grünen zu zeigen, daß die SPD Kopf zu bieten hat, als nur verständnisloses Kopfschütteln oder erschrecktes Zurückweichen. Wer den demokratischen Sozialismus

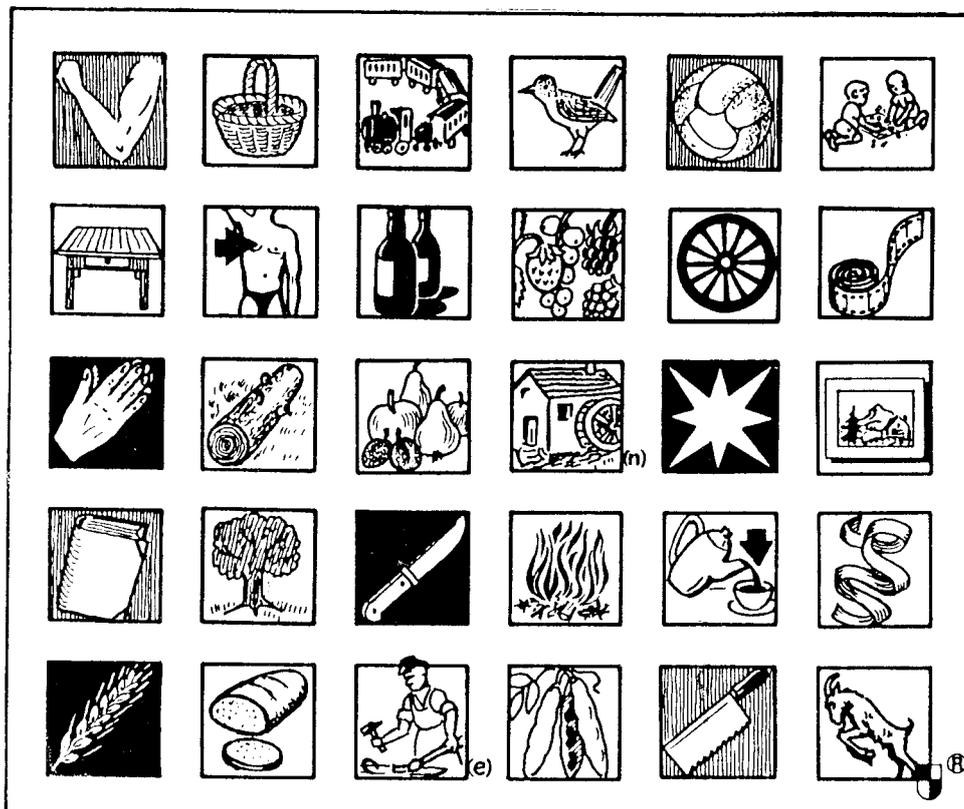


Heide Simonis

nicht nur zu Zeiten der eigenen Kandidatur um ein Pöstchen oder ein Mandat oder zu Wahlkampfzeiten auf den Lippen trägt, der muß mit eigenem Verhalten und politischem Handeln dazu beitragen, daß sozialdemokratische Frauenpolitik überzeugender wirkt als grüne Experimente.

PS.: Die Zukunft ist natürlich weiblich, Männer haben es nur noch nicht begriffen.

KINDER-ECKE



Wichtige Adressen . . . Wi

Kommission für Frauenfragen
beim Sozialminister
Brunswiker Straße 16-22
2300 Kiel

Frauenbüro Schleswig-Holstein e. V.
Kleiner Kuhberg 28
2300 Kiel

(beim SPD-Landesverband)



BILDERLOTTO

Wenn diese Bildchen alle der Reihe nach sinnvoll gekoppelt werden, ergibt sich aus lauter Wortpaaren eine durchlaufende Wortkette. Begonnen wird mit dem ersten Bild oben links. Jedes Bild kann mit allen direkt anstoßenden anderen Bildern waagrecht, senkrecht und diagonal gekoppelt werden. Also z. B.: Arm – Brust – Korb – usw.

Arm – Brust – Korb – Flaschen – Zug – Vogel – Beeren – Obst – Baum – Stamm – Tisch – Gebet – Buch – Weizen – Brot – Messer – Schmied(e) – Feuer – Bohnen – Kaffee – Mühle(n) – Rad – Ball – Spiel – Film – Stern – Bild – Band – Säge – Bock.